

Griechenland raus aus dem Euro?

Hauptversammlung der Familien- und Jungunternehmer mit Wirtschaftsexperte Hans-Werner Sinn

Die Rettungspakete für Griechenland bringen nichts, sagte Hans-Werner Sinn am Montagabend beim Unternehmerverband. Nur der Euro-Austritt helfe den Griechen tatsächlich weiter, so der Professor.

NORBERT LEISTER

Reutlingen. All die Rettungsschirme, die im Euroraum bisher aufgespannt wurden, seien letztendlich erfolglos gewesen, sagte am Montagabend ein Wirtschaftsexperte, der als Leiter des Münchener ifo-Instituts sowie als Berater des Bundeswirtschaftsministeriums eigentlich den Überblick haben sollte. Hans-Werner Sinn unterstreicht die Behauptung bei den Familien- und Jungunternehmern Südwürttembergs auch mit jeder Menge Zahlen. Wie etwa der Arbeitslosenquote in Griechenland – die sei nämlich seit dem ersten Milliardenpaket vor fünf Jahren nicht etwa gesunken. Im Gegenteil. „Von elf Prozent auf 24 Prozent gestiegen“, sagte Prof. Hans-Werner Sinn bei der Hauptversammlung von ASU und BJU.

Der Austritt aus dem Euro würde den Griechen deutliche Vorteile bringen, behauptete Sinn. Zum einen würden die inländischen landwirtschaftlichen Produkte wieder nachgefragt, das würde zu mehr Arbeitsplätzen führen. Zweitens: Die



Der Vorstand der Familien- und Jungunternehmer mit dem Wirtschaftsexperten Prof. Hans-Werner Sinn (vierter von rechts).

aus dem Land gebrachten Milliarden würden zurückkommen, weil griechische Immobilien plötzlich wieder billig wären. „Ein Bauboom würde entstehen, das schafft weitere Arbeitsplätze“, so Sinn. Und nicht zu vergessen, drittens: Die Touristen kämen wieder nach Griechenland, die Türkei, die momentan um 40 Prozent billiger sei als das benachbarte Urlaubsland, wäre dann lange nicht mehr so interessant. Sagte der Professor.

Dies war das Fazit des Wirtschaftsexperten, aber er hatte noch weitere Vorschläge für eine bessere

Euro- und Europa-Politik mit nach Reutlingen in die Kreissparkasse am Marktplatz gebracht: Eine Schuldenkonferenz und ein Schuldenschnitt zumindest für einen Teil aller Schulden seien notwendig. „Es wäre an der Zeit zu sagen, okay, die bisherige Politik hat nicht funktioniert, es muss aber sichergestellt sein, dass die Länder künftig wettbewerbsfähig sind.“

Im Euro sei das für Griechenland aber nicht möglich. Deshalb: Austritt. Eine Wiederaufnahme solle damit – auch für andere Länder – nicht ausgeschlossen sein. Und:

„Wir bräuchten härtere lokale Budgetbeschränkungen für Zentralbanken“, sagte Sinn. Zudem forderte er eine „europäische Konföderation nach Schweizer Vorbild“. Oder auch wie in den USA. Und zuallererst müsste eine gemeinsame europäische Armee her – was aber sicherlich am Festhalten der Franzosen an ihrer „force de frappe“ scheitern werde.

Robin Morgenstern hatte als Vorsitzender der Jungunternehmer im Regionalkreis Südwürttemberg am Montagabend auch einiges zu sagen: So befand er den Widerspruch

von Nils Schmid und Markus Söder bei den Bund-Länder-Verhandlungen zur Frage einer Erbschaftssteuerreform als „äußerst erfreulich“. Warum? „Weil damit das Tempo in Sachen Erbschaftssteuer etwas verlangsamt wurde“, so Morgenstern. Aber: „Der Kampf für unser Modell muss weitergehen.“

Zudem erwies sich Robin Morgenstern als heftiger Verfechter von TTIP, dem Freihandelsabkommen mit den USA. Europa dürfe sich nicht „der Chance eines nachhaltigen und kostengünstigen Wachstums berauben“, so seine Forderung. Die besonders angefeindeten „privaten Schiedsgerichte“ hätten doch „grundlegende Vorteile“. Wie etwa den Einsatz von „besonders vertrauten Experten“ oder auch, „dass es bei Schiedsgerichten keinen ‚Heimvorteil‘ gibt“, betonte Robin Morgenstern.

Vorstandsmitglieder

Neu gewählt in den Vorstand der Jungen Unternehmer (BJU) wurde Isabel Grupp aus Trochtelfingen und Peter Herrmann aus Reutlingen. Die Vorstandsmitglieder der Familienunternehmer (ASU) heißen Gerd Tauster, Thomas Braun, Fritz Fink, Jochen Fischer, Frank Früh, Frank Menton, Frank Hecht, Edgar Kästle, Rüdiger Morhart, Wolfgang Schmid und Stephan Ott. Organisator und Moderator politischer Veranstaltungen ist nach wie vor Ausschussmitglied Rainer Knauer. nol